

Durch das Nadelöhr der Demokratie

Die Kandidatenaufstellung der CSU
zur Bundestagswahl 2017



Durch das Nadelöhr der Demokratie

**Die Kandidatenaufstellung der CSU
zur Bundestagswahl 2017**

Eine Veröffentlichung des
Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl)

Impressum

Herausgeber: Suzanne S. Schüttemeyer, Benjamin Höhne
Mitarbeit von: Danny Schindler, Daniel Hellmann,
Anastasia Pyschny, Malte Cordes, Oliver Kannenberg,
Pia Berkhoff, Sophie Kopsch

Kontakt:

Institut für Parlamentarismusforschung
Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de

Dezember 2021

DOI: 10.36206/KuPu_BuKa17_02

Inhalt

Das IParl und sein erstes Forschungsprojekt	4
<hr/>	
1. Die CSU und die Bundestagswahl 2017	7
<hr/>	
2. Wer wählt die Kandidaten der CSU nach welchen Regeln aus?	10
<hr/>	
3. Was sollten die Kandidaten für eine Aufstellung mitbringen?	18
<hr/>	
4. Wie werden die Aufstellungsprozesse bewertet?	23
<hr/>	
5. Welches Verfahren der Kandidatenaufstellung wünschen sich die Mitglieder?	30
<hr/>	
6. Zusammenfassung: Wer wählt wen, wie und warum in der CSU aus?	35

Das IParl und sein erstes Forschungsprojekt

Das **Institut für Parlamentarismusforschung (IParl)** will dazu beitragen, die demokratische Ordnung in der Gesellschaft fortzuentwickeln und ihre Wertschätzung in der Gesellschaft zu verbessern. Mit diesem Ziel widmet es sich der theoretischen und empirischen Erforschung demokratischer Repräsentation und Legitimation. Besonderer Wert wird dabei auf den engen Bezug zur politischen Wirklichkeit gelegt.

Gegründet wurde das IParl im April 2016 in Halle (Saale) von Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, die bis Oktober 2018 einen Politik-Lehrstuhl an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg innehatte und Chefredakteurin der Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) ist. Das IParl ist eine Einrichtung der in Kiel ansässigen Stiftung Wissenschaft und Demokratie (SW&D), die auch dessen Auftaktforschungsprojekt zur Kandidatenaufstellung finanziert. In diesem Projekt wird in allen sieben inzwischen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien untersucht, wer, wen, wie und warum als Wahlbewerber zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt hat.

Kandidatenaufstellungen – Nadelöhr der Demokratie: Bundestagswahlen finden nach dem personalisierten Verhältniswahlssystem statt. Mit der Erststimme wird der Kandidat¹ im Wahlkreis gewählt, mit der Zweitstimme die Liste einer Partei. Wer im Wahlkreis und auf der Liste zur Wahl steht, entscheiden die Parteien. Dies führt zu folgenden Fragen: Wer nominiert eigentlich in den Parteien die Wahlbewerber? Wer tritt für eine Kandidatur mit welcher Motivation an? Welche Regeln gelten dabei? Welche Beweggrün-

1 Aus Platzgründen und für einfache Lesbarkeit wird auf die weibliche Form verzichtet.

de sind bei den Entscheidungen für oder gegen jemanden ausschlaggebend? Und wie beurteilen die Parteimitglieder selbst die Art und Weise ihrer Personalauswahl? Antworten auf diese Fragen gibt die vorliegende Studie am Beispiel der CSU.

Zur Feldforschung in den Parteien: 19.469 Mitglieder von CDU, SPD, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP und AfD wurden mit standardisierten Fragebögen durch das Berliner Meinungsforschungsinstitut policy matters im Auftrag des IParl befragt. Erhoben wurden die Daten zwischen September 2016 und Juli 2017 auf insgesamt 167 Aufstellungsversammlungen in der gesamten Bundesrepublik. Darunter sind 113 Wahlkreis- und 54 Listennominierungen. Der Rücklauf ist mit 52,2 Prozent für eine sozialwissenschaftliche Erhebung überaus erfreulich.

Befragt wurden zum einen die Bewerber für eine Wahlkreis- oder Listenkandidatur und zum anderen alle Parteimitglieder, die auf einer der ausgewählten Versammlungen den oder die Wahlbewerber aufgestellt haben. Somit geben die Forschungsergebnisse Auskunft zu den Einstellungen und Sichtweisen der aktiven Parteimitglieder. Neben der Befragung mit Fragebögen wurden 125 Versammlungen minutiös wissenschaftlich beobachtet, 425 so genannte teilstrukturierte Leitfadeninterviews bzw. Hintergrundgespräche geführt, die Satzungen der Parteien und die Medienberichterstattung systematisch ausgewertet.

Zu dieser Studie: Zum Gelingen des Forschungsprojekts haben die Mitglieder der Parteien maßgeblich beigetragen. Ihnen gebührt großer Dank – Dank dafür, dass sie den Fragebogen ausgefüllt, an Interviews teilgenommen und den Zugang zu den Veranstaltungen überhaupt erst ermöglicht haben. An sie richtet sich diese Studie in erster Linie. Für leichte Lesbarkeit wurde auf Verweise zu anderen Forschungsergebnissen weitestgehend verzichtet und nur sparsam von Fußnoten Gebrauch gemacht. Einzelne

vertiefende Analysen liegen bereits vor, weitere folgen in den kommenden Monaten.²

Den Tabellen und Abbildungen liegt die Basisstichprobe mit 89 zufällig ausgewählten Wahlkreisen und 48 zufällig ausgewählten Landesverbänden zugrunde (zusätzliche, nach verschiedenen Kriterien bestimmte Sonderfälle werden hier nicht berücksichtigt). Einbezogen wurden zudem Aussagen von Parteimitgliedern aus den strukturierten Leitfadengesprächen.

Weiterführende Informationen zum Forschungsprojekt finden sich unter: **www.iparl.de**. Dort bietet eine interaktive Deutschlandkarte einen Überblick über die untersuchten Wahlkreise und Landesverbände, auch nach Parteien ausdifferenziert; die ebenfalls abrufbaren Methodenberichte dokumentieren u.a. die Parteimitgliederbefragung detailliert.

Ferner sei darauf hingewiesen, dass in den Abbildungen und Tabellen rundungsbedingt geringfügige Abweichungen zu 100 Prozent auftreten können. Letzter Stand der Bearbeitungen ist Dezember 2021.³

- 2 Siehe dazu: Benjamin Höhne, Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung, Wiesbaden 2017, S. 227-253. Weitere Veröffentlichungen finden Sie unter: www.iparl.de/de/publikationen.html.
- 3 Die hier verwendeten Mitgliederangaben stammen sowohl aus eigenen Erhebungen als auch aus der Dokumentation von Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2017 in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 49. Jg. (2018), H. 2, S. 346-371.

1. Die CSU und die Bundestagswahl 2017

Die Christlich-Soziale Union bildet zusammen mit der CDU eine gemeinsame Fraktion im Deutschen Bundestag. Im Parteiensystem nimmt sie eine Sonderstellung ein. Diese resultiert vor allem aus dem nationalen Politikgestaltungsanspruch einer ausschließlich in Bayern wählbaren Regionalpartei. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichten die Christsozialen bundesweit 6,2 Prozent der Zweitstimmen, was einem Landesergebnis von 38,8 Prozent und 46 Sitzen im 19. Deutschen Bundestag entspricht. Zum Vergleich: 2013 hatte die Partei noch knapp eine absolute Mehrheit der Stimmen im Freistaat auf sich vereint, weshalb sie 10 Mandate abgeben musste.

In Bayern stellt die CSU seit 1957 ohne Unterbrechung den Ministerpräsidenten, nicht selten auf Basis einer absoluten Mehrheit im Landtag. Zu dieser dominanten Stellung hat ihre Politik der ökonomischen Modernisierung eines ursprünglich agrarisch geprägten Bundeslandes maßgeblich beigetragen. Diese sollte möglichst im Einklang mit christlichen Wertvorstellungen, wohlfahrtsstaatlichen Verpflichtungen und traditionellen landsmannschaftlichen Identitäten stehen. Bis Januar 2019 wurde die CSU von Horst Seehofer geführt, der bis März 2018 auch das Amt des Ministerpräsidenten innehatte.

Programmatisch ist die CSU eine christlich-konservative Partei. Nach ihrem Selbstverständnis möchte sie ein Politikangebot unterbreiten, das möglichst viele Wähler in Bayern anspricht. Dabei schlägt sie verglichen mit der CDU mitunter konservativere Töne an, vor allem bei der inneren Sicherheit, der Migrations- und der Familienpolitik. Im zurückliegenden Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 hatte sie gemeinsam mit der CDU ein „Regierungsprogramm“ beschlossen, das durch den so genannten „Bayernplan“ ergänzt wurde. Darin wurden christsoziale Belange herausgestellt

und beispielsweise eine jährliche Obergrenze für Flüchtende in die Bundesrepublik Deutschland gefordert.

Organisatorisch ähnelt die CSU mehr noch als CDU oder SPD dem Idealtypus einer Volkspartei. Wie keine andere Partei zeigt sie sich noch in der Lage, unterschiedliche soziale Bevölkerungsschichten zu integrieren. Defizite bestehen vor allem bei der Integration von Frauen und jungen Menschen bis 30 Jahre, die nur zu 20 Prozent bzw. 5,2 Prozent in der Mitgliedschaft vertreten sind. Derzeit weist die Mitgliederkartei gut 140.000 Personen aus, womit die CSU nach Mitgliedern die drittgrößte Partei im deutschen Parteiensystem ist. Trotzdem ist auch sie von einem Abschmelzen der Mitgliederbasis betroffen. Dieser Trend fällt aber weniger dramatisch aus als bei den anderen beiden Großparteien. Seit 1990 haben die Christsozialen 24 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Bei der CDU und SPD beträgt der Rückgang im selben Zeitraum 45 bzw. 54 Prozent.

Eine Herausforderung für die CSU ist – wie für alle etablierten Parteien – die veränderte Wählerlandschaft. Die Stammwähleranteile sinken von Wahl zu Wahl. Wechselwähler wollen überzeugt und zur Stimmabgabe motiviert werden. Elementar für das Selbstverständnis der CSU ist das Diktum von Franz Josef Strauß, dass es keinen Platz für eine demokratisch legitimierte Partei rechts neben ihr geben dürfe. Tatsächlich kam die rechtspopulistische Konkurrenz bei der Bundestagswahl 2013 in Bayern nur auf ein Zweitstimmenergebnis von 4,3 Prozent und damit auf einen geringeren Wert als im Bundesschnitt. Bei der Europawahl 2014 verdoppelte sie ihr Stimmenergebnis in Bayern auf 8,1 Prozent. Noch weiter ausbauen konnte sie ihren Wähleranteil zur Bundestagswahl 2017, bei der sie 12,4 Prozent der bayerischen Zweitstimmen erzielte.

Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2017 war der bayerische Innenminister Joachim Herrmann. 47 Mitglieder der CSU-Gruppe im 19. Deutschen Bundestag bzw. 84 Prozent traten erneut zur

Wahl an. Wie bei den anderen Parteien auch bietet ein bereits vorhandenes Mandat beste Chancen erneut ins Parlament einzukehren. Hinzu kommt bei der CSU, dass sie zumeist alle Wahlkreise direkt gewinnt und somit – wenn überhaupt – nur wenige Listenplätze „ziehen“. Wie sich zeigen sollte, führte bei der Bundestagswahl 2017 kein Listenplatz zu einem Mandat. Die CSU gewann alle Wahlkreise direkt, schnitt aber mit ihrem Landesergebnis schlechter ab als erwartet.

Die Tabellen und Abbildungen auf den folgenden Seiten geben ausgewählte Ergebnisse der IParl-Befragung unter den Mitgliedern der CSU wieder, die die Bundestagskandidaten in den Wahlkreisen Freising, Main-Spessart, Schwandorf sowie für die Landesliste auf dem Nominierungsparteitag in München am 6. Mai 2017 aufgestellt haben. Insgesamt haben sich 378 Parteimitglieder an der Befragung beteiligt, was einer Rücklaufquote von 56,2 Prozent entspricht.⁴

⁴ Zum Vergleich: Rücklauf bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 79,0 Prozent, DIE LINKE: 62,7 Prozent, CDU: 57,7 Prozent, SPD: 57,0 Prozent, FDP: 49,9 Prozent, AfD: 45,8 Prozent.

2. Wer wählt die Kandidaten der CSU nach welchen Regeln aus?

Gemäß dem Bundeswahlgesetz steht es den Parteien frei, ob sie ihre Bundestagskandidaten auf einer **Mitglieder- oder einer Delegiertenversammlung**⁵ nominieren. Auf einer Mitgliederversammlung sind alle Parteimitglieder der jeweiligen Gebietseinheit stimmberechtigt, wenn sie bei der anstehenden Bundestagswahl über das Wahlrecht verfügen. Delegierte werden vor der Kandidatenaufstellung aus dem Kreise der Parteimitglieder vor Ort, das heißt auf unterster Ebene der Partei, gewählt.

In den **Wahlkreisen** wurden die Direktkandidaten der CSU stets auf einer Delegiertenversammlung nominiert, wobei die Anzahl der Delegierten aus jedem Kreisverband sich aus dem jeweils erreichten Zweitstimmenergebnis ergibt. So verhielt es sich auch bei den drei vom IParl besuchten Wahlkreisversammlungen der CSU. Bei diesen Nominierungen waren im Durchschnitt 154 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Auf Wahlkreisebene waren dies im Parteienvergleich die meisten Stimmberechtigten, gefolgt von der CDU mit durchschnittlich 119 auswählenden Mitgliedern. Die **Landesliste** der CSU wurde ebenfalls nach dem Delegiertenprinzip aufgestellt, stellvertretend für jeden Bundeswahlkreis werden jeweils sechs Delegierte nominiert. Zum Listenparteitag traten 260 Delegierte zusammen. Nur bei der FDP (273) und der AfD (311) waren durchschnittlich mehr Stimmberechtigte anwesend.⁶

5 Im weiteren Verlauf des Textes werden die Begriffe „Delegiertenversammlung“ beziehungsweise „Delegierte“ verwendet, die synonym zu den Bezeichnungen „Vertreterversammlung“ und „Vertreter“ zu verstehen sind.

6 Zum Vergleich: SPD: 248, CDU: 208, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 157, DIE LINKE: 132.

Das **Wahlverfahren** der CSU sieht wie bei der FDP und AfD keine Quotierungsvorgaben für Mandate vor, die ausschließlich an Frauen vergeben werden sollen.

Wesentlich bedeutender als das Ausbalancieren von Geschlechtern ist der **regionale Ausgleich bei der Aufstellung der Landeslisten**. Ein Mitglied betonte in diesem Zusammenhang, dass das „Flächendeckungsprinzip“ am wichtigsten sei. Erst an zweiter Stelle werde auf „gesellschaftliche Gruppen, wie Frauen [und] Vertriebene“ Rücksicht genommen.

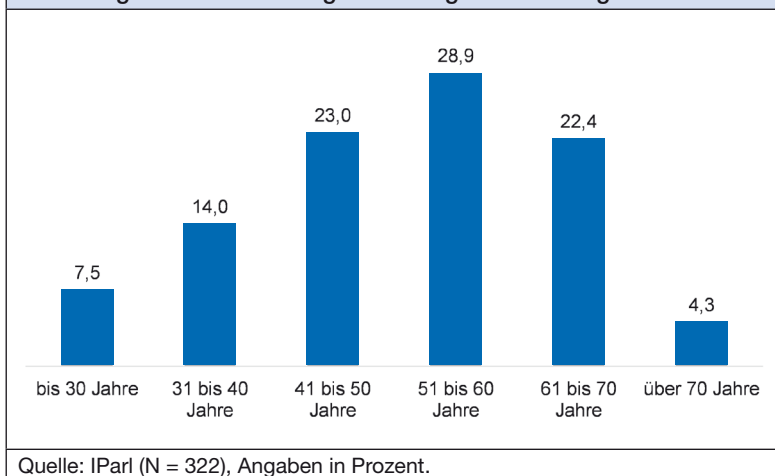
Ausweislich der **soziodemographischen Angaben**, um die die Studienteilnehmer gebeten wurden, waren die befragten Mitglieder aller untersuchten Parteien zu 68,3 Prozent männlich. In der CSU liegt der Männeranteil unter den Auswählenden mit 78,0 Prozent darüber. Nur bei der AfD ist der Anteil mit 83,2 Prozent höher.

Vor dem Hintergrund wandelnder politischer Partizipationsformen sehen sich die Parteien zunehmend damit konfrontiert, junge Menschen für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen. Die Aufschlüsselung der befragten CSU-Mitglieder nach Alter zeigt, dass 7,5 Prozent der stimmberechtigten Personen jünger als 30 Jahre waren (siehe Abbildung 1). Dies ist der geringste Anteil junger Leute unter allen untersuchten Parteien. Den höchsten Anteil in dieser Alterskohorte wiesen die Linken mit 17,9 Prozent auf. Eine besonders hohe Konzentration der Altersverteilung zeigt sich bei den 41 bis 70-Jährigen. Bei den anderen Parteien waren diese Kohorten ebenfalls stark vertreten, jedoch markieren die zusammengerechnet 74,2 Prozent der CSU den höchsten Anteilswert.⁷ 4,3 Prozent der CSU-Mitglieder waren über 70 Jahre alt. Ein noch geringerer Anteil der über 70-Jährigen fand sich nur bei den Grünen mit 3,4 Prozent.

⁷ Zum Vergleich: AfD: 71,4 Prozent, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 65,1 Prozent, CDU: 63,3 Prozent, DIE LINKE: 60,8 Prozent, SPD: 60,1 Prozent, FDP: 57,5 Prozent.

Die Kandidatenaufstellung der CSU

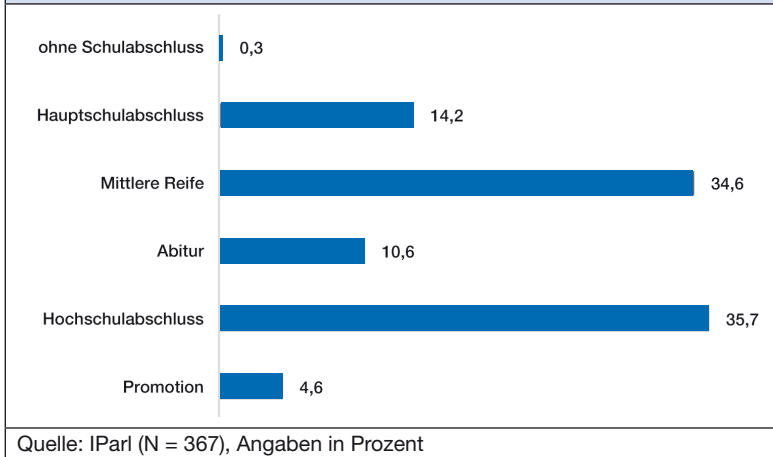
Abbildung 1: Altersverteilung der befragten CSU-Mitglieder



Der Altersdurchschnitt der CSU-Stimmberechtigten lag insgesamt bei 51,1 Jahren. Älter waren nur die auswählenden Mitglieder der CDU (53,4) und die der FDP (52,2). Die durchschnittlich jüngsten Mitglieder finden sich mit 47,9 Jahren bei den Grünen. Im Vergleich zum Altersdurchschnitt aller CSU-Mitglieder (59) waren die bei der Kandidatenaufstellung abstimmberechtigten Mitglieder knapp acht Jahre jünger. Mitglieder über dem Altersdurchschnitt von 59 Jahren beteiligen sich an der Kandidatenaufstellung demnach weniger aktiv, traten also seltener als Delegierte auf als die Jüngeren.

In der Partizipationsforschung wird gemeinhin von einem positiven Zusammenhang zwischen der individuellen Ressourcenausstattung (zum Beispiel Bildungsgrad oder Einkommen) und dem Aktivitätsniveau ausgegangen. Die vorliegenden Daten zum höchsten Bildungsabschluss der Mitglieder unterstützen diese Annahme. Der Anteil der befragten CSU-Mitglieder ohne einen Schulabschluss ist mit 0,3 Prozent verschwindend gering (siehe Abbildung 2). 14,2 Prozent hatten einen Hauptschulabschluss und 34,6 Pro-

Abbildung 2: Höchster Bildungsabschluss der befragten CSU-Mitglieder



zent die Mittlere Reife als höchsten Bildungsabschluss. Mehr als die Hälfte hatten die Schule mit Abitur oder Fachhochschulreife verlassen, über ein Drittel wies darüber hinaus einen Hochschulabschluss auf. Promoviert waren 4,6 Prozent der Befragten. Im Vergleich sticht der hohe Anteil mit mittlerer Reife hervor. Hier wies die CSU gemeinsam mit der AfD (24,2 Prozent) den höchsten Grad gegenüber den anderen Parteien auf. Dementsprechend war die Zahl der Hochschulabsolventen geringer. In den anderen Parteien fanden sich anteilig sowohl mehr Studierende als auch Promovierte unter den Mitgliedern. Am höchsten war der Anteil der Studienabsolventen bei den Grünen mit 62,1 Prozent; die FDP weist mit 10,4 Prozent den höchsten Grad an Promovierten auf; einzig bei den Linken war letzterer etwas geringer als bei der CSU (3,2 Prozent).

Zusammengefasst ist das an der Kandidatenaufstellung teilnehmende CSU-Mitglied in drei von vier Fällen männlich, mit knapp 51 Jahren jünger als im Gesamtdurchschnitt aller Mitglieder und besaß in mehr als der Hälfte der Fälle das Abitur. Dem-

nach nahmen vor allem gut gebildete, mehrheitlich männliche und im Vergleich zu den gesamten Parteimitgliedern jüngere Mitglieder an der Kandidatenaufstellung als Abstimmungsberechtigte teil.

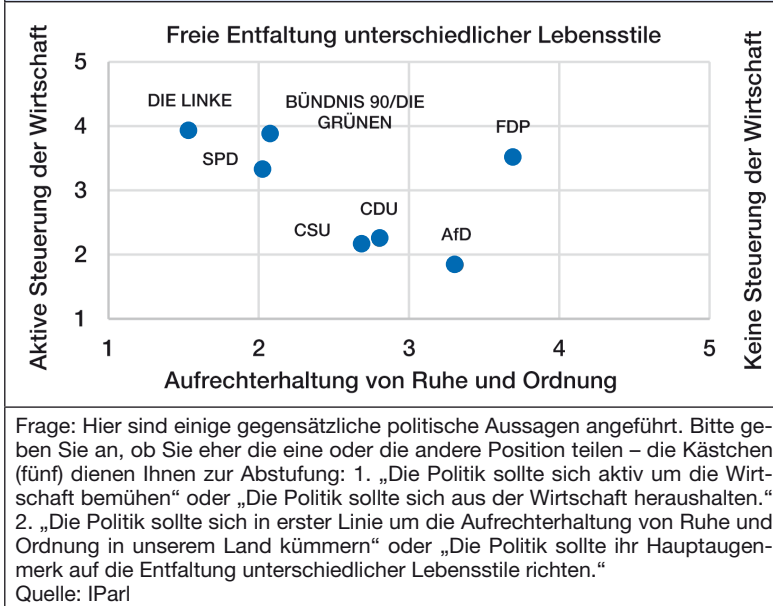
Politische Verortung: Auf einer Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) stuften die CSU-Mitglieder ihre Ansichten mit 7,3 rechts der Mitte ein. Weiter rechts positionierten sich nur die Mitglieder der AfD (7,8). Etwas weiter links von der CSU verorteten die CDU- und FDP-Mitglieder ihre Positionen (7,1 und 6,1). Die Mitglieder von SPD und Grüne (3,4 bzw. 3,5) sowie der Linken (1,9) positionieren sich eindeutig links der Mitte. Die politische Position der Partei verorten die befragten Christsozialen etwas weiter rechts bei 7,6. Diese Differenz zwischen Selbstverortung und politischer Verortung der Partei ist im Vergleich ein eher geringer Wert. Bei der SPD stuften die Mitglieder ihre Partei bei 4,5 und sich selbst im Durchschnitt bei 3,4, also deutlich weiter links der Mitte ein.

Mit ihren soziokulturellen Wertvorstellungen (vertikale Achse) lag die CSU im Vergleich sehr nah bei den Mitgliedern der CDU (siehe Abbildung 3). So sprachen sich mehr als zwei Drittel (65,5 Prozent für die Antwortoptionen 1 und 2) dafür aus, dass die Politik eher für Ruhe und Ordnung sorgen soll als ihr Hauptaugenmerk auf die freie Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile zu richten (6,0 Prozent für die Antwortoptionen 4 und 5). 28,4 Prozent ließen bei dieser Gegenüberstellung keine Tendenz erkennen und verorteten sich genau zwischen beiden Positionen (Antwortoption 3).

Auch bei den sozioökonomischen Wertvorstellungen (horizontale Achse) stimmten die Befragten am ehesten mit den Wertvorstellungen der CDU überein. 44,5 Prozent bevorzugten eine aktive Steuerung der Wirtschaft durch die Politik (Antwortoption 1 und 2). Hingegen sprachen sich 24,2 Prozent dafür aus, dass sich die Politik aus der Wirtschaft heraushalten solle (Antwortoption 4 und 5). 31,3 Prozent ließen keine Tendenz erkennen (Antwortoption 3).

Entscheidungsträger: Bei der Nominierung der Kandidaten hat jedes Parteimitglied dasselbe Stimmgewicht und damit formal

Abbildung 3: Wertvorstellungen der befragten Parteimitglieder im Vergleich



denselben Einfluss auf die Auswahlentscheidung wie jedes andere Mitglied, das sich beteiligt. Die Realität zeigt aber, dass es Mitglieder gibt, die mehr Einfluss ausüben als andere. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn eine Person ein Parteiamt innehat, zu dessen Aufgaben die Organisation der Aufstellungsversammlung gehört. Auch Kreis- oder Landesvorstandsmitglieder, die sich Gedanken darüber machen, wer für eine Kandidatur in Frage käme und potenzielle Kandidaten ansprechen oder sogar selbst kandidieren, nehmen mehr Einfluss auf den Verlauf der Kandidatenaufstellung als der durchschnittliche Stimmberechtigte.

Je nachdem, ob ein Direktkandidat im Wahlkreis gewählt oder die Landesliste verabschiedet wird, werden unterschiedliche Akteure als **besonders einflussreich** erachtet: Demgemäß waren bei den Befragungen im Wahlkreis auf einer Skala von 1 (gar kein

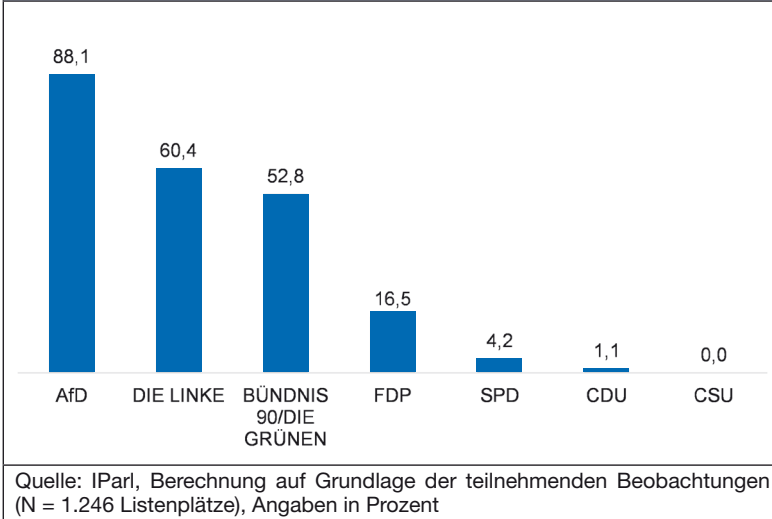
Einfluss) bis 5 (sehr großer Einfluss) die Wahlberechtigten der Aufstellungsversammlung (3,8), der Kreisvorstand (3,5) und die Parteibasis (3,4) am einflussreichsten (Zahlenangaben als Mittelwerte). Sowohl bei der Aufstellung des Direktkandidaten als auch der Landesliste hatten Gewerkschaften, Organisationen aus dem gesellschaftlichen Vorfeld der Partei und Kirchen beziehungsweise religiöse Organisationen mit einem Mittelwert jeweils unter 2,3 den geringsten Einfluss.

Bei der **Entscheidung über die Landesliste** wurde dem Landesvorstand mit einem Mittelwert von 4,4 der größte Einfluss zugeschrieben. An zweiter und dritter Stelle wurden die Bezirksvorstände und die Bundestagsfraktionsführung genannt (jeweils 3,6). Zu der Bedeutungsbeimessung des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände trägt der üblicherweise im Vorfeld einer Aufstellungsversammlung erarbeitete Listenvorschlag bei. Vergleichsweise hoch ist die Einflusszuschreibung der Bundestagsfraktionsführung bei der Erstellung der Landesliste. In den anderen Parteien liegt sie – zum Teil deutlich – unter einem Wert von drei.

Wettbewerb um die besten Plätze: Bei den drei besuchten CSU-Aufstellungsversammlungen im Wahlkreis trat immer nur ein Bewerber an. Allerdings kann diese Beobachtung aufgrund der geringen Anzahl untersuchter Veranstaltungen nicht auf alle Wahlkreise übertragen werden. Der Wahlkreis München-Nord dient als Gegenbeispiel: Hier bewarben sich gleich zwölf Personen um die Direktkandidatur.

Der damalige Generalsekretär Andreas Scheuer sprach in seiner Begrüßungsrede auf dem Listenparteitag in München an, dass der Listenvorschlag bei der CSU in großer Einigkeit erfolgte und man sich deshalb nicht wie in anderen Parteien stundenlang mit einem Listenplatz beschäftigen müsse. Dass der CSU-Listenvorschlag auf Zustimmung traf, verdeutlicht der ausbleibende Wettstreit um die einzelnen Listenplätze. Es bewarb sich immer genau ein Parteimitglied um die Nominierung für einen Platz. Dazu ist

Abbildung 4: Anteil der umkämpften Listenplätze im Vergleich



anzumerken, dass die Landesliste bei den Christsozialen eine eher nachgeordnete Rolle spielt. Seit der Bundestagswahl 2009 konnte die CSU alle Wahlkreise in Bayern direkt gewinnen, der Anteil potentiell erfolgreicher Listenplätze ist demnach sehr gering. Bei den anderen Parteien – insbesondere bei den Grünen, der Linken und der AfD – gab es zum Teil deutlich mehr Wettbewerb (siehe Abbildung 4). Auf den Aufstellungsversammlungen der CDU und SPD war der Wert mit 1,1 bzw. 4,2 Prozent ebenfalls sehr gering.

3. Was sollten die Kandidaten für eine Aufstellung mitbringen?

Die wichtigste Aufgabe der oben beschriebenen Auswählenden ist es zu entscheiden, wer wie aussichtsreich für den Deutschen Bundestag kandidieren darf. Aber nach welchen Kriterien geschieht dies? Was müssen Kandidaten mitbringen, um aufgestellt zu werden?

Jeder von ihnen verfügt über unterschiedliche **persönliche Eigenschaften, Ressourcen und Motive**, die ihm helfen können, die Aufstellung als Bundestagskandidat zu erreichen. Um zu bestimmen, welche davon den stimmberechtigten Mitgliedern vor Ort wichtig sind und welche eher nicht, wurde den Befragten eine Liste von 21 Kandidateneigenschaften vorgelegt. Deren Relevanz für ihre eigene Wahlentscheidung konnten sie von „sehr wichtig“ bis „gar nicht wichtig“ einschätzen. Eine detaillierte Übersicht über die Antworten findet sich in Tabelle 1 (aus Gründen der Übersichtlichkeit befindet sich diese im Anhang). Die folgenden Zahlen stellen jeweils die Summen der Antwortmöglichkeiten „wichtig“ und „sehr wichtig“ dar.

Zunächst fällt auf, dass die **Auswahlkriterien**, die von einer Mehrheit von mindestens 80 Prozent der Befragten für wichtig beziehungsweise sehr wichtig erachtet wurden, im Wahlkreis wie auf Landesebene zumeist dieselben waren. Auch unterschieden sich die gewünschten Kandidatenmerkmale kaum zwischen den Parteien.

Mit 99,3 Prozent im Wahlkreis und 96,6 Prozent auf der Landesebene war die **Bürgernähe** für die befragten CSU-Mitglieder das wichtigste Auswahlkriterium. Ein Teilnehmer in einem Wahlkreis brachte es im Interview konkret zur Sprache: „Mir ist wichtig, dass der Kandidat bürgernah ist.“ Der Wunsch nach Bürgernähe dürfte stark mit dem ebenfalls sehr wichtig eingestuften Kriterium der **Chance, Wählerstimmen zu gewinnen**, zusammenhängen.

Diese war für 93,9 Prozent im Wahlkreis und 96,6 Prozent bei der Listenaufstellung wichtig oder sehr wichtig. In dieselbe Richtung sind auch die hohen Zustimmungswerte zur Bedeutung **wirksamer Öffentlichkeitsarbeit** zu interpretieren (91,0 Prozent im Wahlkreis und 83,1 Prozent auf Landesebene).

Ähnlich wichtig (97,7 Prozent bei der Nominierung von Direktkandidaten und 93,2 Prozent bei der Aufstellung der Landesliste) war den befragten CSU-Mitgliedern die **Verbundenheit** der Kandidaten **mit der eigenen Parteibasis**. Insofern erwartete man auch in der CSU von den Bundestagskandidaten und späteren Abgeordneten eine **Rückkopplung an die Basis**.

Aufhorchen lässt der Befund, dass teils schwer miteinander zu vereinbarende Anforderungen an die Kandidaten gestellt wurden. Sie sollen gleichzeitig **Lebenserfahrung außerhalb der Partei** gesammelt (89,4 auf Wahlkreis- bzw. 93,1 Prozent auf Landesebene) und sich **in der Partei vor Ort bewährt** haben (82,9 Prozent und 74,6 Prozent auf Wahlkreis- bzw. Landesebene empfanden dies als wichtig oder sehr wichtig). Wenn auch dem letzten Kriterium nicht ganz so hohe Zustimmungswerte gegeben wurden, so wurde doch die Bewährung innerhalb der Partei in Interviews besonders hervorgehoben: Die Bewerber „sind irgendwie diesen langen Weg gegangen, also wirklich angefangen mit Gemeinderat und Kreistag und dann irgendein Kreisvorsitz JU, FU et cetera oder Seniorenunion. Das ist das Besondere, man muss im Ortsverband aktiv sein.“ Vor dem Hintergrund der starken Betonung außer-politischer Erfahrung zeigt sich hier: Diejenigen, die die Kandidaten auswählen, wollen, dass künftige Bundestagsabgeordnete sich nicht nur in der Partei engagieren, sondern auch mit „beiden Beinen im Leben stehen“.

Politische Erfahrung können Parteimitglieder schon auf der lokalen Ebene, etwa als Stadtrat, sammeln. Nicht umsonst wird die Kommune als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Immerhin 93,1 Prozent der Befragten auf Wahlkreis- und 83,1 Prozent auf

Landesebene empfanden kommunalpolitische Erfahrung als wichtig. Damit rangiert diese deutlich vor der landespolitischen mit 77,3 Prozent Zustimmung im Wahlkreis und 44,1 Prozent auf der Landesebene.

Während die **Attraktivität bzw. gutes Aussehen** der Kandidaten nur für 40,3 Prozent der befragten Christsozialen ein relevantes Auswahlkriterium darstellte, wurde dennoch Wert daraufgelegt, dass die Kandidaten ein gepflegtes Erscheinungsbild an den Tag legen.⁸ Dies war insgesamt 88,3 Prozent der befragten CSU-Mitglieder wichtig oder sehr wichtig. Im Parteienvergleich bewerteten die befragten CSU-Mitglieder diese Items ähnlich wie die Befragten von CDU, FDP und AfD. Von etwas geringerer Bedeutung sind Aussehen und Erscheinungsbild bei der SPD, den Grünen und den Linken.

Ein **Dokortitel** wurde in allen Parteien von der überwiegenden Mehrheit der Befragten als vollkommen unwichtiges Merkmal betrachtet. Nur 2,0 Prozent der befragten CSU-Mitglieder im Wahlkreis maßen dem Titel eine Bedeutung bei, auf Landesebene niemand.

Ein vorhandenes **Bundestagsmandat** wurde nur geringfügig wichtiger als ein Dokortitel eingestuft. Dieser Befund verwundert, denn seit den ersten Forschungsarbeiten zur Kandidatenaufstellung in Deutschland⁹ gilt ein vorhandenes Bundestagsmandat als beste Voraussetzung, um wieder nominiert zu werden. Abgeordnete können bei der Kandidatenaufstellung aufgrund ihrer Amtserfahrung auf Ressourcen und Fähigkeiten zurückgreifen, die Bewerber ohne ein Mandat nur unter erschwerten Bedingungen

8 Wird nur ein Wert angegeben, stellt dieser den Durchschnitt von Wahlkreis- und Landesebene dar.

9 Exemplarisch sei hier Bodo Zeuner genannt: Bodo Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Dordrecht 1970.

erlangen können. Hinzu kommt das hohe Ansehen, das Bundestagsabgeordneten von Seiten der Parteimitglieder und damit in Teilen auch den Auswählenden, für ihre Arbeit entgegengebracht wird. Von daher werden Amtsinhaber nur selten herausgefordert und noch seltener tatsächlich gegen ihren Willen nicht erneut aufgestellt.

Dies lässt sich parteiübergreifend auch für die Bundestagswahl 2017 bestätigen. Von den 630 Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestags traten 520 wieder an. Nur in Einzelfällen wurden Abgeordnete nicht wieder aufgestellt, wenn sie eine weitere Kandidatur angestrebt hatten.¹⁰ 420 von jenen wiedernominierten Parlamentariern wurden dann auch in den 19. Deutschen Bundestag gewählt. Von den jetzigen 46 Bundestagsabgeordneten der CSU waren 38 bereits in der vorherigen Wahlperiode Mandatsträger. Vor allem auf die Stimmenverluste von CDU, CSU und SPD ist es zurückzuführen, dass es 100 von ihnen dennoch nicht erneut in den Bundestag geschafft haben.

Von den insgesamt 90 christsozialen Kandidaten, die sich im Wahlkreis und auf Landeslisten für ein politisches Mandat haben aufstellen lassen, waren 47 bereits Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag. Von den 46 gewählten CSU-Abgeordneten saßen 38, also 82,6 Prozent auch schon im letzten Bundestag. Damit stellt die CSU, nach der SPD mit 85,0 Prozent, den zweitgrößten Anteil an Abgeordneten, die bereits in der vergangenen Legislatur vertreten waren. Bei der CDU ist der Anteil nur geringfügig kleiner (80,5 Prozent). Die Linkspartei weist diesbezüglich mit 60,9 Prozent den geringsten Anteil auf.

Im Kontrast dazu stehen die Befragungsergebnisse, denen zufolge ein vorhandenes Bundestagsmandat allein kein hinreichendes Auswahlkriterium ist. Vielmehr zeichnen sich Abgeordnete

¹⁰ Für die CSU betraf dies Barbara Lanzinger und Philipp Graf von Lerchenfeld.

Die Kandidatenaufstellung der CSU

üblicherweise durch eine Vielzahl der oben genannten Kriterien aus und treffen daher auf großen Zuspruch seitens der Auswählenden.

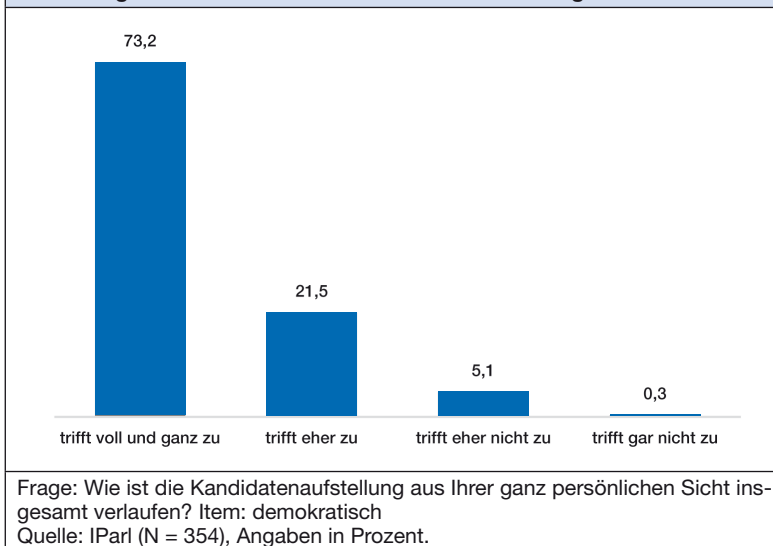
Fasst man die Ergebnisse zusammen, wünschten sich die befragten CSU-Mitglieder Kandidaten, die sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung verwurzelt und somit in der Lage sind, für sich und die Partei Wähler zu gewinnen. Ihren politischen Sachverstand sollten die Kandidaten der CSU dafür öffentlichkeitswirksam präsentieren können.

4. Wie werden die Aufstellungsprozesse bewertet?

Will man die Kandidatenaufstellungen zum Deutschen Bundestag bewerten, ist das Urteil jener, die selbst an den Nominierungsveranstaltungen teilgenommen haben, besonders aufschlussreich. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Fragen von besonderem Interesse: Wie zufrieden sind die Mitglieder mit der Kandidatenaufstellung? Wie gut fühlen sie sich eingebunden? Empfinden sie die Kandidatenaufstellung als demokratisch? Ist der Nominierungsprozess zu kompliziert? Hielt er Überraschungen bereit, oder waren die Ergebnisse vorhersehbar? Und wie steht es um die Transparenz?

Fast drei Viertel (73,2 Prozent) der an der Bewerberauswahl beteiligten CSU-Mitglieder bewerteten das jeweilige Aufstellungsverfahren als voll und ganz **demokratisch** (siehe Abbildung 5). Ein Fünftel (21,5 Prozent) stimmte dem eher zu. Bei den anderen Parteien bewegte sich die Einschätzung zum demokratischen Gehalt

Abbildung 5: Demokratische Kandidatenaufstellung bei der CSU?



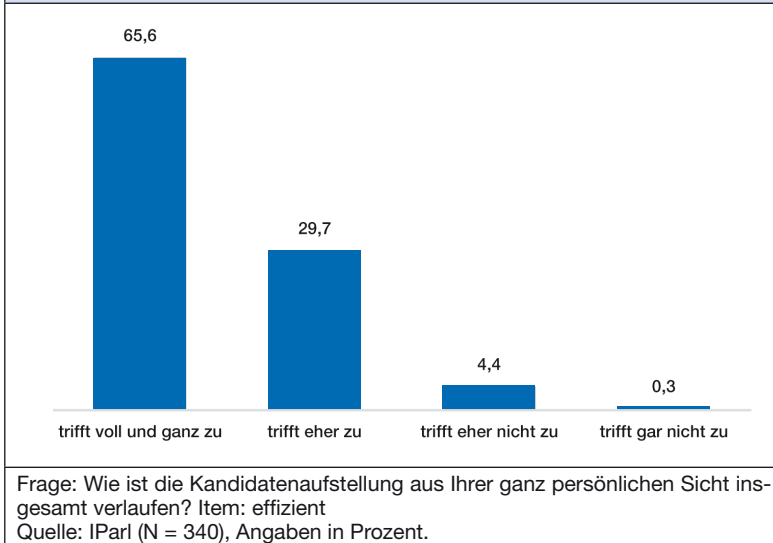
ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau: Die größte Zustimmung war bei der AfD zu verzeichnen (mehr als drei Viertel der Befragten stimmten voll und ganz zu), während sich der geringste Wert bei der SPD (55,8 Prozent) fand.

Die Zuschreibung „demokratisch“ kann, wie alle anderen hier verwendeten Bewertungsmaßstäbe, unterschiedlich verstanden werden. Aufgrund des Kontextes liegt es jedoch nahe, Zufriedenheit mit dem Demokratiegehalt als Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten, Einfluss auszuüben, aufzufassen. Deutlich wird dies auch daran, dass 97 Prozent derer, die bei der CSU mit dem Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten bei der Kandidatenaufstellung (sehr) zufrieden waren, das Nominierungsverfahren als demokratisch erachteten. Eher formale Anforderungen an demokratische Verfahren wie gleiche und geheime Wahlen sind gesetzlich normiert und können als gegeben betrachtet werden. Aus Sicht der Studienteilnehmer gab es somit wenig Reformbedarf, die Nominierungsprozesse demokratischer zu gestalten.

In Anbetracht der hohen Zufriedenheitswerte bei der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei demokratisch verlaufen, stellt sich die Frage, ob ein demokratisches Verfahren zugleich ein effizientes sein kann. Lange Diskussionen und Abstimmungen mit möglichst vielen Teilnehmern werden zwar als demokratisch wahrgenommen, doch können sie auch als effizient beurteilt werden? Der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei **effizient** verlaufen, stimmten 65,6 Prozent der CSU-Befragten voll und 29,7 Prozent zumindest eher zu (siehe Abbildung 6).

Zur Effizienz dürften vor allem strukturierende Maßnahmen wie offizielle und inoffizielle Listenvorschläge sowie eine begrenzte Zeitdauer der Parteitage beitragen. Liegt kein Listenvorschlag vor, ist die Bewerberlage unübersichtlich, und es treten in einer Vielzahl der Fälle mehrere Kandidaturwillige an. Dies führt zu mehr und längeren Wahlgängen und damit Parteitag, die als ineffizient empfunden werden können. In der Zeit, in der beispielsweise

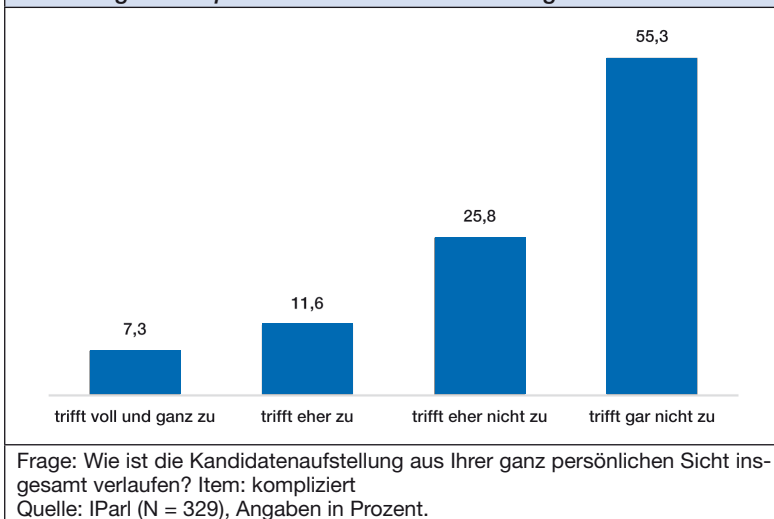
Abbildung 6: Effiziente Kandidatenaufstellung bei der CSU?



die SPD Nordrhein-Westfalen eine Landesliste von 86 Personen aufstellte, konnte sich die AfD in Sachsen-Anhalt gerade einmal auf eine Wahlordnung für die Wahl der Bewerber verständigen. Aber selbst die Befragten der AfD, denen so gut wie nie Listenvorschläge vorgelegt wurden, bewerteten die Aufstellung mit 74,2 Prozent als sehr oder eher effizient. Die in der Summe hohen Zustimmungswerte bei dieser und der vorherigen Frage zeigen somit entgegen der eingangs formulierten Vermutung, dass demokratische und effiziente Verfahren aus Sicht der Befragten keine Gegensätze sein müssen. Allerdings ist bei der Interpretation auch die – nicht quantifizierbare – soziale Erwünschtheit bei der Beantwortung eines Fragebogens einzukalkulieren, also das Bestreben, die eigene Partei nicht ins „schlechte Licht zu rücken“.

Ebenso wenig müssen demokratische Prozesse als **kompliziert** eingestuft werden. Nur 18,8 Prozent der befragten Christsozialen stimmten der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei kom-

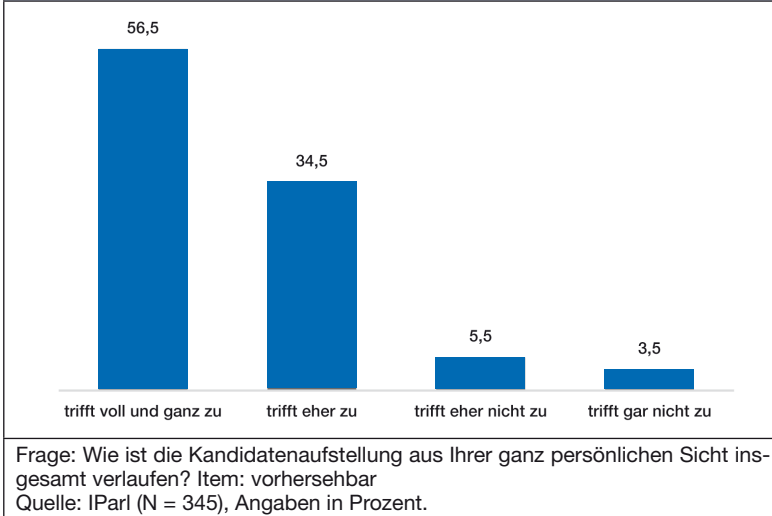
Abbildung 7: Komplizierte Kandidatenaufstellung bei der CSU?



pliziert verlaufen, voll und ganz (7,3 Prozent) oder zumindest eher zu (11,6 Prozent, siehe Abbildung 7). Nur bei den Grünen war der Anteil noch etwas geringer. Tatsächlich kamen bei der CSU keine komplizierteren Wahlverfahren zum Einsatz. Direktkandidaten wurden mit absoluter Mehrheit, Listenkandidaten größtenteils in Sammelabstimmungen, davon Platz zwei bis 40 en bloc, gewählt. Die Ausnahme stellte Listenplatz eins dar, welcher in Einzelwahl gewählt wurde.

Neun von zehn Befragten der CSU bewerteten das Nominierungsverfahren als **vorhersehbar**: Mehr als jeder Zweite (56,5 Prozent) stimmte dem voll und ganz, jeder dritte Studienteilnehmer (34,5 Prozent) eher zu (Abbildung 8). Großen Einfluss auf die Einschätzung der Vorhersehbarkeit von Kandidatenaufstellungen hatten wahrscheinlich Kampfkandidaturen. Wenn zwei Kandidaten aussichtsreich gegeneinander antreten, kann es schwer vorherzusehen sein, wer sich durchsetzt. Da dies bei den beobachteten Veranstaltungen der CSU im Wahlkreis und auf der Landesebene

Abbildung 8: Vorhersehbare Kandidatenaufstellung bei der CSU?

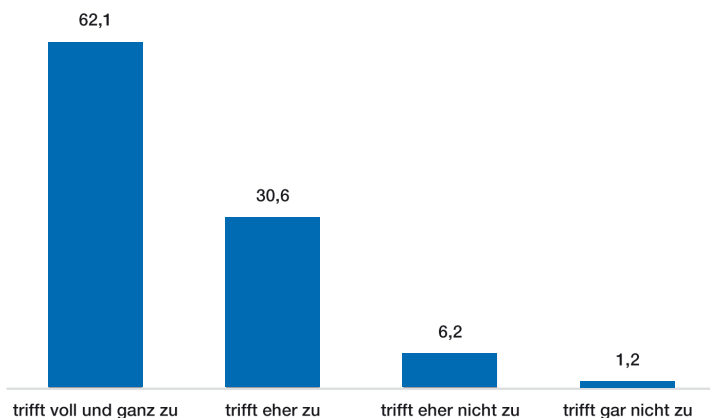


nicht der Fall war, boten die Kandidatenaufstellungen wenig Überraschungspotential und könnten daher eher als vorhersehbar bewertet werden.

Im Parteienvergleich weisen die Christsozialen die mit Abstand höchsten Werte beim Kriterium der Vorhersehbarkeit auf. 91,0 Prozent der Befragten stimmten der Aussage, dass die Kandidatenaufstellung vorhersehbar verlaufen sei, voll und ganz bzw. eher zu. Bei der CDU (77,2 Prozent) und der SPD (70,3 Prozent) sprachen ebenfalls mehr als zwei Drittel der Mitglieder von einer vorhersehbaren Kandidatenaufstellung. Mehr Potential für Überraschungen existierte offenbar bei der AfD (hier gaben nur 42,7 Prozent der Befragten an, dass das Verfahren vorhersehbar verlaufen sei). Die Vermutung, vor allem der ungewisse Ausgang von offenen Abstimmungssituationen würde Veranstaltungen weniger vorhersehbar machen, erscheint in Anbetracht des Parteienvergleichs plausibel, zeichneten sich doch vor allem die Aufstellungen der AfD durch eine Vielzahl an Kampfkandidaturen aus.

Die Kandidatenaufstellung der CSU

Abbildung 9: Transparente Kandidatenaufstellung bei der CSU?



Frage: Wie ist die Kandidatenaufstellung aus Ihrer ganz persönlichen Sicht insgesamt verlaufen? Item: transparent
Quelle: IParl (N = 340), Angaben in Prozent.

Manchmal wird der pauschale Vorwurf erhoben, die Parteien würden Entscheidungen, wie etwa Kandidatennominierungen, in „Hinterzimmern ausklügeln“. Dagegen beurteilten 92,6 Prozent der befragten CSU-Mitglieder die Nominierungsprozesse als **transparent** (siehe Abbildung 9). Darunter kann verstanden werden, dass eine allgemeine Einsicht in die Vorfeldprozesse möglich und gewährleistet ist, bzw. den Auswählenden mitgeteilt wird, wie es zu etwaigen vorgelagerten Entscheidungen kam. Nur 1,2 Prozent waren der Auffassung, dass dies überhaupt nicht der Fall gewesen sei.

Erfahrene Parteipolitiker, die einen Großteil der Anwesenden auf Aufstellungsversammlungen ausmachen, kennen das Verfahren und haben Einsicht in die Hintergrundprozesse, die dem „einfachen“ Mitglied oder der Öffentlichkeit in der Regel verschlossen bleiben. Daher ist es nicht überraschend, dass es auch bei anderen Parteien zu ähnlich hohen Transparenz-Bewertungen kam. Bei

Wie zufrieden sind die Auswählenden?

der SPD, die diesbezüglich die geringsten Werte vorzuweisen hat, waren immerhin noch 74,1 Prozent der Befragten der Ansicht, das Verfahren sei transparent gewesen. Egal wie unterschiedlich die Verfahren zur Bestimmung der Kandidaten für die Bundestagswahl auch sind, sie wurden von einer großen Mehrzahl der Befragten als transparent empfunden.

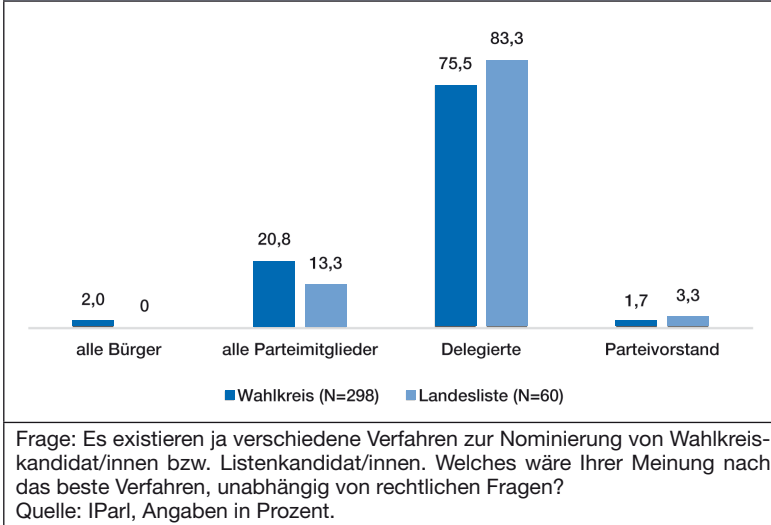
5. Welches Verfahren der Kandidatenaufstellung wünschen sich die Mitglieder?

Zu den französischen Präsidentschaftswahlen 2017 führte die konservative Partei Les Républicains erstmalig offene Vorwahlen durch. Das heißt, es konnten auch Nicht-Parteimitglieder darüber abstimmen, wer der Präsidentschaftskandidat der Partei werden sollte. Für Parlamentswahlen kam das Verfahren zuletzt beispielsweise bei der Conservative Party in Großbritannien und der Österreichischen Volkspartei zum Einsatz. Stärker begrenzt wird der Personenkreis hingegen, wenn nur die jeweiligen Parteivorstände über die Bewerberauswahl entscheiden können. Beispiele hierfür liefern etwa die Demokratische Partei (Partito Democratico) in Italien und die „Ein-Mann-Partei“ von Geert Wilders Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden.

In Deutschland sind weder offene Vorwahlen noch reine Vorstandsbeschlüsse zur Nominierung von Kandidaten zulässig. Das Bundeswahlgesetz schreibt, wie weiter oben gezeigt, die Aufstellung der Bundestagskandidaten auf einer Mitglieder- oder Delegiertenversammlung vor.

Die abstimmungsberechtigten CSU-Mitglieder wurden gefragt, welche der vier Varianten: Aufstellung durch 1. die wahlberechtigten Bevölkerung, 2. die Parteimitglieder, 3. die Delegierten oder 4. den Parteivorstand, ihrer Meinung nach – unabhängig von rechtlichen Fragen – das beste Nominierungsverfahren sei. Auf der **Wahlkreisebene** präferierte bei der CSU lediglich jedes fünfte Mitglied (20,8 Prozent) Mitgliederversammlungen (siehe Abbildung 10). Das Delegiertenprinzip wurde hingegen von mehr als drei Viertel (75,5 Prozent) der befragten Christsozialen bevorzugt. Dies stellt im Parteienvergleich den stärksten Zuspruch zu Delegiertenversammlungen dar. Mehrheitlich sprachen sich die Mitglieder der anderen Parteien für Mitgliederversammlungen auf Wahlkreisebene aus, bei den Grünen gar 88,3 Prozent.

Abbildung 10: Bevorzugtes Aufstellungsverfahren bei der CSU



Für die exklusive Auswahl durch den Parteivorstand traten mit 1,7 Prozent nur äußerst Wenige ein. Ähnlich niedrige Werte wiesen auch die anderen Parteien auf. Ebenso gering wurde die Möglichkeit bewertet, alle Bürger im Wahlkreis einzubeziehen: 2,0 Prozent der Christsozialen und damit der geringste Anteil unter allen untersuchten Parteien entschieden sich für diese Aufstellungsvariante. Die stärksten Befürworter waren auf Seiten der AfD (9,2 Prozent) zu finden.

Die Auswahl der Bewerber durch den Parteivorstand oder durch alle Bürger fand auch auf der **Landesebene** kaum Unterstützung: Nur sehr wenige CSU-Mitglieder würden die Nominierungsentscheidung allein der Parteiführung überlassen (3,3 Prozent). Für eine Verfahrensöffnung für alle Bürger, wie eingangs thematisiert, sprach sich keines der CSU-Mitglieder aus. Stattdessen bevorzugten mehr als vier Fünftel (83,3 Prozent) der befragten Christsozialen die Durchführung von Delegiertenversammlungen, mit Abstand der höchste Wert.

Die Kandidatenaufstellung der CSU

In Anbetracht der Tatsache, dass die CSU die einzige Partei in Deutschland ist, die sowohl ihre Landesliste als auch alle Wahlkreiskandidaten jeweils durch eine Delegiertenversammlung wählen ließen, überrascht der große Zuspruch zu dieser Form der Versammlung nicht. Trotzdem würden immerhin 13,3 Prozent eine Mitgliederversammlung bei der Listenaufstellung präferieren.

Bis auf die AfD votierten auch die Studienteilnehmer aller anderen Parteien auf Landesebene mehrheitlich für das Delegiertenprinzip: Wie schon gezeigt, trifft dies am deutlichsten für die CSU zu, während sich in der Linkspartei und der SPD ähnlich knappe absolute Mehrheiten wie in der FDP für Delegiertenversammlungen entschieden. Mit einer deutlichen Zustimmungsquote von 69,1 Prozent der Befragten bevorzugte man in der AfD Listenaufstellungen durch alle Mitglieder. Bei CDU und Grünen wurden von 66,8 bzw. 60,8 Prozent der Befragten Delegiertenversammlungen präferiert.

Trotz der Unterschiede im Detail fällt im Vergleich der Parteien eine Gemeinsamkeit auf: In allen Parteien sprachen sich mindestens 90 Prozent der Befragten für die im Bundeswahlgesetz vorgesehenen Aufstellungsverfahren, also für Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen, aus. Auf Wahlkreisebene waren die Studienteilnehmer überwiegend mit dem Status Quo zufrieden. Die fast überall gängigen Mitgliederversammlungen werden also angenommen, und es besteht aus dieser Perspektive kein großer Bedarf, das Verfahren weiter zu öffnen oder zu Delegiertenversammlungen zurückzukehren.

Dabei sollte berücksichtigt werden, welche Erwartungen mit Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen verbunden sind. Auf Mitgliederversammlungen gewählte Kandidaten könnten für sich in Anspruch nehmen, mehr Zustimmung seitens der Parteibasis zu haben. Auch die Wettbewerbssituation könnte eine andere sein. Eher parteikritische Bewerber, die gegen Parteigranden oder Amtsinhaber antreten, haben auf Mitgliederversammlungen mög-

licherweise bessere Chancen. Über die Einbeziehung aller Mitglieder kann darüber hinaus die Parteibasis mobilisiert und Nichtmitgliedern ein guter Grund geboten werden, in die Partei einzutreten. Wenn Neumitglieder ohne große Beschränkungen über die Auswahl der Kandidaten für die Bundestagswahl mitbestimmen können, steigt möglicherweise der Anreiz zum Parteieintritt.

Dem stehen berechtigte Bedenken gegenüber. Parteivorstände warnen vor sogenannten Zufallsmehrheiten, also Mehrheiten, die innerparteiliche Machtverhältnisse nicht widerspiegeln. Ähnlich problematisch wären Verzerrungen regionaler Mitgliederverteilungen. So könnte der ausrichtende Orts- oder Kreisverband deutlich leichter seine Mitglieder zur Teilnahme am Parteitag mobilisieren als weit entfernte Verbände. Während von Mitgliederversammlungen aktivierende und partizipationsverstärkende Effekte erwartet werden, könnten sie aber auch das genaue Gegenteil bewirken: Das Delegiertenamt üben meist aktivere Parteimitglieder aus. Eine Öffnung von Delegierten- zu Mitgliederversammlungen würde das Engagement der Aktiven entwerten und könnte dieser Gruppe einen Anreiz nehmen, sich einzubringen. Ebenso kann die offenere Wettbewerbssituation auf Mitgliederversammlungen dazu führen, dass weniger ausgewogene Wahlvorschläge erstellt werden. So könnten Bewerber mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, weniger aussichtsreiche Positionen erhalten, als wenn die Liste auf einer Delegiertenversammlung erstellt worden wäre.

Inwiefern die Auswählenden der CSU diese Bedenken und Hoffnungen teilen, wurde ebenfalls abgefragt. So konnten sich zwei Drittel (68,0 Prozent) der Befragten vorstellen, dass von Mitgliederversammlungen ein Mobilisierungsschub für die Parteiarbeit ausgeht. Immerhin noch fast die Hälfte (44,4 Prozent) nahm an, dass dieser Mobilisierungseffekt auch über die Partei hinauswirkt und zu mehr Parteieintritten führt. Eine Änderung der Wettbewerbssituation auf Mitgliederversammlungen zugunsten partei-

Die Kandidatenaufstellung der CSU

kritischerer Bewerber (47,3 Prozent) und Herausforderer von Amtsinhabern (51,3 Prozent) hielt knapp die Mehrheit der Befragten für denkbar. Der These, dass auf Mitgliederversammlungen aufgestellte Kandidaten sich auf eine höhere Legitimität stützen können, stimmten hingegen lediglich 42,5 Prozent der befragten stimmberechtigten CSU-Mitglieder zu.

Die Zustimmung zugunsten von Gründen, die eher für eine Delegiertenversammlung sprechen, fiel ebenfalls nicht eindeutig aus. Mehr als die Hälfte (59,7 Prozent) gab an, dass sie es gerechtfertigt fänden, wenn diejenigen, die engagiert in der Partei mitarbeiten, auch mehr Einfluss auf die Kandidatenaufstellung ausüben können. Hingegen nahm nur ein Drittel (29,6 Prozent) an, Kandidaten mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, würden eher auf Delegierten-, als auf Mitgliederversammlungen aufgestellt werden.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass sich die befragten CSU-Mitglieder auf Wahlkreis- und Landesebene die bereits praktizierten Delegiertenversammlungen wünschten. Mehr als die Hälfte der Befragten waren der Meinung, aktive, engagierte Mitglieder sollten bei der Kandidatenaufstellung mehr Mitspracherechte haben. Mitgliederversammlungen wurden überwiegend aktivierende Effekte für die Parteiarbeit zugeschrieben.

6. Zusammenfassung: Wer wählt wen, wie und warum in der CSU aus?

Die CSU stellt im aktuellen Deutschen Bundestag gemeinsam mit der Schwesterpartei CDU erneut die größte Fraktion. Ihre Wahlbewerber hatte sie zuvor auf Versammlungen auf der Wahlkreis- und der Landesebene ausgewählt, wobei über 80 Prozent der christsozialen Abgeordneten bereits im vergangenen Bundestag vertreten waren.

An den Nominierungen waren mehrheitlich männliche Parteimitglieder beteiligt. Sie waren geringfügig jünger als die Parteibasis, ihr Bildungsgrad bestand zum größten Teil aus der mittleren Reife bzw. einem Hochschulabschluss. Sie verorteten sich im sozioökonomisch-soziokulturellen Konfliktkreuz auf der gesellschaftspolitischen Achse stärker autoritär als libertär und ließen wirtschaftspolitisch eine Tendenz zur aktiven staatlichen Steuerung erkennen.

Während in den Wahlkreisveranstaltungen der Parteibasis und den anwesenden Delegierten ein maßgeblicher Einfluss bei der Auswahl der Kandidaten zugesprochen wurde, nahmen die Befragten bei der Aufstellung der Landesliste eine große Einflussnahme des Landes- und der Bezirksvorstände sowie der Bundestagsfraktion wahr.

Das letzte Wort haben in den Wahlkreisen dennoch die Stimmberechtigten, die deshalb auf dieser Ebene als die einflussreichste Gruppe gewertet wurden. Diese können jedoch nur dann eine Auswahlentscheidung treffen, wenn sich mindestens zwei Bewerber um eine Nominierung bemühen. Diese Konstellation war bei der CSU auf der Wahlkreisebene selten und bei der Aufstellung der Landesliste nicht der Fall.

Bei der Auswahl achteten die Stimmberechtigten vor allem darauf, Bewerber auszusuchen, die in der Lage sein würden, Wählerstimmen zu gewinnen und einen guten, engagierten Wahlkampf

Die Kandidatenaufstellung der CSU

zuführen. Dazu sollten sie auch ein Leben außerhalb der Partei haben und die sogenannte Ochsentour durchlaufen haben, also das langjährige Engagement und Erlernen des politischen Handwerks von der Pike auf. Mehrheitlich waren die Befragten zufrieden mit der Kandidatenaufstellung. Sie schätzten sie überwiegend als demokratisch, effizient, unkompliziert und transparent ein.

Anhang

Tabelle 1: Rangfolge der gewünschten Kandidatenmerkmale

Item	Wahlkreisebene		Landesebene	
	Rangplatz	Anteil sehr wichtig und wichtig in Prozent	Rangplatz	Anteil sehr wichtig und wichtig in Prozent
Verbundenheit mit unserer Parteibasis	2	97,7	4	93,2
gute Chance, Wählerstimmen zu gewinnen	5	93,9	3	96,6
Erfahrungen in der Kommunalpolitik	6	93,1	10	83,1
Erfahrungen in der Landespolitik	15	77,3	17	44,1
Bewährung in meiner Partei vor Ort	14	82,9	14	74,6
persönliche Ausstrahlung	4	94,7	2	96,6
Führungsfähigkeit	3	95,7	7	89,8
inhaltliche Positionen, die mit meinen übereinstimmen	11	88,7	12	81,4
Übereinstimmung mit den politischen Positionen meiner Partei	13	85,0	9	84,7
Lebenserfahrung auch außerhalb der Partei	9	89,4	5	93,1
Sachverstand in bestimmten Politikbereichen	10	89,4	8	88,1
Bekanntheit in der Bevölkerung	7	92,4	13	76,3
persönliche Bekanntschaft mit dem/der Kandidat/in	17	57,5	19	29,3
wirksame politische Öffentlichkeitsarbeit	8	91,0	11	83,1
gepflegtes Erscheinungsbild	12	87,4	6	93,1
Attraktivität, gutes Aussehen	19	39,7	18	43,9
Dokortitel	21	2,0	21	0,0
überzeugende Bewerbungsrede	16	69,6	16	59,3
vorhandenes Bundestagsmandat	20	36,5	20	18,6
Bürgernähe	1	99,3	1	96,6
ist bzw. wird auch auf einem vorderen Listenplatz/im Wahlkreis nominiert	18	55,6	15	60,3
Frage: Wie wichtig sind Ihnen folgende Kandidatenmerkmale für die Nominierung im Wahlkreis/ auf einen aussichtsreichen Listenplatz? Sind sie sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig? Quelle: IParl				

Die Kandidatenaufstellung der CSU

Tabelle 2: Einschätzungen zu Mitgliederversammlungen bei der CSU

Item	Anteil in Prozent
höhere Legitimität	42,5
kritische Mitglieder	47,3
Herausforderer	51,3
Mobilisierungsschub	68,0
Anreiz zum Parteibeitritt	44,4

Frage: Zur Kandidatennominierung auf Mitglieder- oder auf Delegiertenversammlungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Hier sind einige aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie dieser Einschätzung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

- Auf einer Mitgliederversammlung aufgestellte Kandidat/innen verfügen über eine höhere Legitimität, als durch Delegierte aufgestellte Kandidat/innen. (N = 351)
- Auf Mitgliederversammlungen haben Kandidat/innen, die gelegentlich auch kritisch mit der eigenen Partei umgehen, bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. (N = 355)
- Herausforderinnen und Herausforderer von amtierenden Bundestagsabgeordneten haben auf Mitgliederversammlungen bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. (N = 353)
- Von Mitgliederversammlungen geht ein Mobilisierungsschub für die Parteiarbeit aus. (N = 350)
- Kandidatenaufstellungen auf Mitgliederversammlungen stellen einen Anreiz zum Parteieintritt dar. (N = 351)

Quelle: IParl

Tabelle 3: Einschätzungen zu Delegiertenversammlungen bei der CSU

Item	Anteil in Prozent
besondere Merkmale	29,6
Aktive	59,7

Frage: Zur Kandidatennominierung auf Mitglieder- oder auf Delegiertenversammlungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Hier sind einige aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie dieser Einschätzung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

- Auf Delegiertenversammlungen haben Kandidat/innen mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, bessere Chancen, aufgestellt zu werden. (N = 351)
- Diejenigen, die in den Gremien aktiv mitarbeiten, sollten auf die Aufstellung der Listenkandidat/innen/ Wahlkreiskandidat/innen stärkeren Einfluss haben, als passive Mitglieder. (N = 355)

Quelle: IParl

